

Wettbewerb im Strafvollzug

Justizminister Banzer will Gesetzgebungskompetenz für Länder

hs. WIESBADEN. Hessens Justizminister Jürgen Banzer (CDU) will die „elektronische Fußfessel“ auch im Strafvollzug einsetzen, falls die Länder im Zuge der Föderalismusreform dafür die Gesetzgebungskompetenz erhalten. Das Instrumentarium (das Gerät überwacht, ob sich der Proband zur vereinbarten Zeit am vereinbarten Ort aufhält) könnte nach Banzers Vorstellungen etwa während des Hafturlaubs oder im offenen Vollzug Straftätern helfen, zu einem geregelten Tagesablauf zurückzufinden. Jedoch gehörten Vollzugslockerung und Hafturlaub nicht zwingend zur Resozialisierung. Im Interview mit dieser Zeitung (siehe Seite 54) sprach sich Banzer für einen „Wettbewerb der Konzepte“ im Strafvollzug zwischen den



Jürgen Banzer

Bundesländern aus. Resozialisierung und Sicherheit der Bevölkerung seien kein Gegensatz; der sicherste Vollzug sei der, in den möglichst wenige zurückkehrten. Banzer will die Möglichkeiten für Beruf und Ausbildung in den Vollzugsanstalten verbessern. Erste Erfahrungen im teilweise privat betriebenen Gefängnis Hünfeld ließen sich gut an.

Der CDU-Politiker kündigte an, er werde sich in den Verhandlungen mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) dafür einsetzen, daß gegen Stalker auch Freiheitsstrafen verhängt werden können. Der Strafrahmen des von Hessen initiierten Tatbestands, der es ermöglichen soll, Belästigungen und Bedrohungen effektiver zu verfolgen, ist in der großen Koalition noch umstritten.

Eine Chance, die Justiz aus dem Sparprogramm der Landesregierung herauszunehmen, gibt es laut Banzer derzeit nicht. Jedoch gehöre sie zum „geschützten Bereich“ der „Operation sichere Zukunft“. Gekürzt werde nur, was unvermeidbar sei.

FAZ 01-03-06